

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neubau des Museums der Moderne als Chance für ein lebendiges Kulturforum nutzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass vor der Ausschreibung eines Realisierungswettbewerbs für ein neues „Museum der Moderne“ im Rahmen eines offenen Ideenwettbewerbs auch die städtebaulichen Fragen des Gesamtkonzepts für das Kulturforum geklärt werden.

Dabei ist der inhaltliche, architektonische und städtebauliche Bezug der Gebäude und Institutionen untereinander – einschließlich der Staatsbibliothek – zu klären. Außerdem ist die Freiraum- und Platzgestaltung, die Verbindung zum Potsdamer Platz sowie eine mögliche Verlagerung oder Verkleinerung der Verkehrsflächen einzubeziehen. Aspekte der Nachhaltigkeit und die Höhe der voraussichtlichen Unterhaltungskosten sollen dabei Teil der Konzeptpräsentationen sein.

Bei dem offenen Ideenwettbewerb müssen alle Wettbewerbsbeiträge gewertet werden, unabhängig von der jeweils vorgeschlagenen Verortung des Gebäudes auf dem Kulturforum.

Anschließend ist im Rahmen eines öffentlichen und transparenten Workshopverfahrens der bisher gültige Masterplan entsprechend zu überarbeiten, um dem Kulturforum endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept zu geben, welches Klarheit in den Beziehungen der Einrichtungen zueinander sowie eine stadträumliche Fassung, optimale Erschließung und hohe Aufenthaltsqualität ermöglicht. Mit einfließen soll die aktuell geplante Freiraumgestaltung. Diese Überarbeitung soll als Vorgabe in den Realisierungswettbewerb einfließen. Bis zum Ende des Verfahrens sollen die geplanten Maßnahmen zur Freiraumgestaltung ausgesetzt werden.

Der Senat wird aufgefordert, die eingehenden Wettbewerbsbeiträge des offenen Ideenwettbewerbes bereits vor der Jurierung öffentlich auszustellen sowie mindestens einen Teil der Jurysitzungen öffentlich durchzuführen. Die Jury ist für beide Wettbewerbe diesmal international und vielfältig mit erfahrenen und innovativen Personen transparent zu besetzen.

Der Senat soll sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Bau des Museums nicht als ÖPP-Verfahren durchgeführt sowie eine externe Projektsteuerung eingesetzt wird.

Das Bebauungsplanverfahren für die Standorte kann parallel zu den Wettbewerben durchgeführt werden. Um kein Vergaberisiko einzugehen ist das Bebauungsplanverfahren abzuschließen bevor das Vergabeverfahren für Bau- und Planungsleistungen eröffnet wird. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2015 zu berichten.

Begründung:

Der Bund hat sich für den Bau des neuen „Museum der Moderne“ auf dem Kulturforum entschieden. Dadurch bietet sich eine großartige Chance, dem jahrzehntelang vernachlässigten und in seinem Außenräumen wenig attraktiven Areal endlich ein städtebauliches Gesamtkonzept zu geben und die Wüste um die existierenden Diamanten herum zum Blühen zu bringen. Dadurch sollen die bestehenden Solitäre zu einem Forum verbunden und Klarheit in den scheinbar zufälligen Beziehungen der Einrichtungen untereinander herstellen. So kann erreicht werden, dass nicht nur die Philharmonie und die Neue Nationalgalerie sondern das Forum als Ganzes an Strahlkraft und Aufenthaltsqualität gewinnt, welche den herausragenden Architekturen und Inhalten der einzelnen Institutionen gerecht wird. Die bisher geplante Freiraumgestaltung reicht nicht dazu aus, eine Stadtlandschaft zu gestalten, ihr Konzept ist jedoch als Grundlage mit in den Wettbewerbsprozess einzuspeisen.

Problematisch ist, dass dieses Neubauvorhaben nun im Eiltempo durchgezogen werden soll. Das verständliche Zeitargument der Stifter darf nicht dazu führen, dass ohne die notwendige städtebauliche Sorgfalt vorgegangen wird. Städtebauliche Betrachtungen des gesamten Areals, inklusive der Verkehrsströme der umliegenden Straßen, unter Berücksichtigung aller Verkehrsmittel des individuellen und öffentlichen Verkehrs, sind zur Vorklärung des nach wie vor unbefriedigenden bzw. fehlenden Gesamtkonzepts für das Kulturforum notwendig und müssen Teil der Wettbewerbe, insbesondere des offenen Ideenwettbewerbs sein.

In einem an den Ideenwettbewerb anschließenden, öffentlichen und transparenten Workshopverfahren sollen das aus dem Masterplan von 2006 entwickelte Strukturkonzept und der überarbeitete Freiraumgestaltungsplan im Hinblick auf die neue Bauentscheidung überprüft und fortgeschrieben werden. Da die Ergebnisse den geplanten Maßnahmen zur Freiraumgestaltung widersprechen könnten, sollen diese Maßnahmen bis zum Ende des Verfahrens ausgesetzt, unter Berücksichtigung der zu verwendenden Fördermittel anschließend prioritär umgesetzt werden.

Die Aufenthaltsqualität des Kulturforums leidet aktuell vor allem unter der starken Verkehrsbelastung, der zerschneidenden Wirkung der Potsdamer Straße (B1), der überdimensionierten Nutzung als KFZ- und Busparkplatz und wenig strukturierten und großflächig ungeschützten Freiflächen. Daher muss insbesondere geklärt werden, inwiefern der Verlauf und das Profil

der Potsdamer Straße so gestaltet werden kann, dass ein zusammenhängender Raum geschaffen wird. Außerdem sollen die Verkehrsflächen in ein städtebauliches Konzept integriert und die Institutionen optimal erschlossen werden. Dabei sind Maßnahmen wie die eventuelle Änderungen der Verkehrsführung der Scharounstraße, der Herbert-Karajan-Straße und des Matthäi-Kirchplatzes ebenfalls erneut zu untersuchen.

Die bisherigen Planungen sahen im Bereich der Potsdamer Straße / Ecke Ben Gurion Straße bzw. Eichhornstraße zwei weitere Baufelder vor. Hier ist zu klären, inwieweit es sinnvoll ist, diese Planung aufrecht zu erhalten, bzw. anzupassen, um gegebenenfalls neue Anforderungen wie die eines Probensaals der Philharmonie zu ermöglichen. Ebenso sollen die weiteren vorgesehenen Baufelder im Bezug auf die neue Planung überprüft werden.

Eine stadträumliche Fassung des gesamten Kulturforums, mit definierten Tor- und Eingangssituationen, betonten Funktions- und Sichtachsen, funktionierenden Info- und Wegeleitsystemen fehlen oder funktionieren nicht ausreichend – hier sollen die Wettbewerbsteilnehmer Ideen einbringen.

Die Orientierung auf dem Kulturforum gestaltet sich bisher auch deshalb so schwierig, weil die Haupteingänge der einzelnen Einrichtungen in keinerlei offensichtlichen Beziehungen zu einander stehen, völlig unterschiedlich ausgerichtet und teilweise auch nur schwer zu finden sind. Im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs ist somit auch die Beziehung und Orientierung zwischen den Gebäuden zu verbessern. Dabei ist nicht nur die Gestaltung der Verbindung zwischen der Neuen Nationalgalerie und des neuen Museums der Moderne sowie die Fußwegbeziehung zur Staatsbibliothek zu untersuchen, sondern auch die Eingangssituationen der anderen Institutionen, etwa über die sogenannte „Piazetta“.

Die Aufenthaltsqualität auf dieser „Piazetta“, die Nutzung der darunter befindlichen Flächen und die Zugänge zu Gemäldegalerie, Kupferstichkabinett, Kunstgewerbemuseum und Ausstellungshalle sind bisher unzureichend gewährleistet. Auch hier ist zu untersuchen wie Verbesserungen erreicht werden können.

Wie im Verfahren von 2010 vorgesehen, benötigt das Kulturforum unabhängig vom neuen Gebäude (oder auch dort angegliedert) einen zentralen Informations- und Kommunikationsort, von dem aus sich das Kulturforum räumlich und inhaltlich erschließt. Auch dieser Ort ist als Teil des Ideenwettbewerbs sowie des Workshopverfahrens zu entwickeln.

Die Realisierung des Museums als ÖPP-Vorhaben ist problematisch und birgt sowohl ein Kosten- wie auch ein Zeitrisko. Diese sind besonders ausgeprägt, da das Haus der Kulturstaatsministerin keine Erfahrung mit ÖPP-Projekten hat. Alleine die vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsprüfung bei ÖPP-Projekten gefährdet schon den Zeitplan. Finanzielle Vorteile sind bei ÖPP ohnehin meist nur kurzfristig wirksam, hier aber nicht realisierbar, da die Bau-summe seitens des Bundes bereitsteht.

Auch ein straffer Zeitplan darf nicht dazu führen, dass vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens Verpflichtungen eingegangen werden, die zu einem Vergaberisiko führen können. Daher ist das Bebauungsplanverfahren vor der Eröffnung des Vergabeverfahrens für Bau- und Planungsleistungen abzuschließen und sind etwaige Absprachen und Verträge mit Dritten vorher lückenlos offenzulegen.

Berlin, den 9. Juni 2015

Pop Kapek Schweikhardt
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN